Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/4147
06. 06. 80

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages

am Freitag, dem 13. Juni 1980

Seite

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . 15 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen . . . . . . 7, 15 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern . . . . 9, 17 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz . . . . 2, 18 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen . . . . 11, 19 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft . . . . 21 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten . . . . 2, 22 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung . 3, 23 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung . . . . . . 4, 25 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit . . . . 5, 28 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen . . . . 6, 29 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau . . . . 12, 34 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen . 13, 35 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie . 13, 36 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft . 36 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit . . . . 14, 37 *)

*) *Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien*

Buchdruckerei P. Meier GmbH, 5205 Sankt Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) 61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 5300 Bonn 2, Postfach 200821
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel. (02221) 363551

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordneter **Dr. Bötsch** (CDU/CSU)

Hält der Bundesjustizminister eine Änderung des neuen Scheidungsrechts für angebracht, nachdem in weit verbreiteten Zeitschriften der realitätsgerechte Rat an die Töchter zu finden ist, einen Mann als „runde Lebensversicherung" zu heiraten (z. B. Funk-Uhr, Nummer 15 aus 1980, Seite 8)?

2. Abgeordneter **Dr. Bötsch** (CDU/CSU)

Hat der Bundesjustizminister auf einer Veranstaltung des Bayerischen Seminars für Politik e. V. im Münchner Künstlerhaus am Lenbachplatz Ende 1979 den Protest gegen das neue Scheidungsrecht mit der Bemerkung bestätigt, bei den Männern quietsche es bis in die Fraktionen und Redaktionen hinein, aber die Wählerinnen hätten „nun mal die Mehrheit"?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

3. Abgeordneter **Dr. Todenhöfer** (CDU/CSU)

In welcher Weise wird die Bundesregierung die Absicht des Generaldirektors der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft der Vereinten Nationen (FAO), Saouma, diesen Fonds zu politisieren, unterbinden und dafür Sorge tragen, daß das von Saouma verkündete Hauptprinzip der FAO, nämlich „Unterstützung der Völker und Befreiungsbewegungen in Namibia und Südafrika in ihrem Entschluß, den Kolonialismus, Rassismus und die Apartheid zu beenden", nicht Eingang in die Tätigkeit der FAO findet?

4. Abgeordneter **Dr. Hüsch** (CDU/CSU)

In welcher konkreten Weise wird die Bundesregierung darauf hinwirken, daß die Zielsetzungen der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft der Vereinten Nationen (FAO) strikt an die satzungsmäßigen Aufgaben geknüpft bleiben und somit eine weitere Politisierung der Arbeit der FAO unterbunden wird?

5. Abgeordnete **Frau Dr. Balser** (SPD)

Kann die Bundesregierung in der Agrarpolitik darauf hinwirken, daß die – laut Statistischem Jahrbuch 1979 – ständig steigende Produktion von Milch und Milcherzeugnissen, für die einzige dort verzeichnete Ausnahme, nämlich Trockenvollmilch, vorrangig zu fördern gesucht wird?

6. Abgeordnete **Frau Dr. Balser** (SPD)

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, Werbung wie Vertrieb von Trockenvollmilch zu fördern, da Trockenvollmilch äußerst verbraucherfreundlich einzukaufen und aufzubewahren ist und auch in der Entwicklungshilfe eine größere Rolle spielen könnte?

7. Abgeordneter **Stockleben** (SPD)

In welchem Umfange fördert die Bundesregierung Musteranlagen der Zusammenarbeit von öffentlichen Versorgungsbetrieben, die Biogas aus Kläranlagen gewinnen, mit landwirtschaftlichen Betrieben, die das Biogas nutzen?

8. Abgeordneter **Marschall** (SPD)

Hält die Bundesregierung die Tatsache, daß die Bundesbürger für Äpfel trotz einer gegenüber dem Vorjahr um etwa 30 v. H. größeren Ernte im EG-Bereich nahezu die gleichen Preise zahlen müssen, mit marktwirtschaftlichen Grundsätzen vereinbar, bzw. was hat die Bundesregierung unternommen, um die durch staatlich subventionierte Aufkäufe herbeigeführte künstliche Angebotsverknappung, insbesondere aber die vorbeugende Intervention, zu vermeiden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

9. Abgeordneter **Höpfinger** (CDU/CSU)

Wie groß ist die von der Bundesregierung behauptete Mehrheit der Rentner, die mit den gekürzten Anpassungssätzen für die Jahre 1979, 1980 und 1981 einverstanden ist, und wie hat die Bundesregierung überhaupt festgestellt, daß die angeblich große Zahl der Rentner der Kürzung zugestimmt hat und daß „jedermann damit zufrieden" sei?

10. Abgeordneter **Lutz** (SPD)

Sieht die Bundesregierung Schwierigkeiten in der Tatsache, daß einerseits von den Ländern Berater der Zentralen Studienberatung in die Oberklassen der Gymnasien gehen und dort studienvorbereitende Beratungen durchführen, und andererseits die Berufsberatung nach § 4 des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) den Fachbeamten der Bundesanstalt für Arbeit zusteht, und ist die Bundesregierung der Meinung, daß die Aufgaben nach dem § 4 AFG den sachkundigen Beratern der Bundesanstalt für Arbeit zuzuweisen sind?

11. Abgeordneter **Lutz** (SPD)

Wie sind die Aufgaben der Zentralen Studienberatung abgegrenzt zu den gesetzlichen Aufträgen nach dem Arbeitsförderungsgesetz und damit auch zu den Berufsberatern für Abiturienten und Hochschüler, und in welchem Umfang wurden bis jetzt die Berater des Zentralen Studienberatungsdienstes bzw. die Studienfachberater in Anspruch genommen?

12. Abgeordneter **Hölscher** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Widerspruch, daß ausländische Mütter aus Nicht-EG-Staaten einerseits zwar den neuen Mutterschaftsurlaub im Herkunftsland verbringen können, ohne daß das Arbeitsverhältnis mit einem deutschen Arbeitgeber unterbrochen wird, andererseits aber die Arbeitserlaubnis ungültig wird, weil der Aufenthalt im Ausland länger als drei Monate dauerte?

13. Abgeordneter **Hölscher** (FDP)

Wie kann sichergestellt werden, daß während des Bestehens des Beschäftigungsverhältnisses kein neuer Antrag auf Arbeitserlaubnis gestellt werden muß mit der Gefahr, daß die Arbeitnehmerin unter den Anwerbestopp fällt?

14. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Wirksamkeit des am 1. Juli 1975 in Kraft getretenen Gesetzes zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes und des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes?

15. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Wie hat sich die illegale Anwerbung und Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern seit Inkrafttreten des Gesetzes entwickelt und gibt die Entwicklung Anlaß, mit weiteren Maßnahmen gegen Firmen die das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz unterlaufen, vorzugehen?

16. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Kann die Bundesregierung mitteilen, warum das Land Baden-Württemberg sieben Jahre nach Inkrafttreten des Arbeitssicherheitsgesetzes noch keine Ausführungsvorschriften zur Durchführung dieses Gesetzes erlassen hat, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Landesregierung von Baden-Württemberg zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtung zu mahnen, damit der Arbeitsschutz im öffentlichen Dienst Baden-Württembergs gewährleistet wird?

17. Abgeordneter **Kolb** (CDU/CSU)

Inwieweit kann die Bundesregierung die Zu- und Abgänge der Selbständigen in den Jahren 1977, 1978, 1979 nach Bereichen quantifizieren, und ist sie in der Lage, auch dies nach der Zahl der Beschäftigten zu tun?

18. Abgeordnete **Frau Dr. Martiny-Glotz** (SPD)

Wird die Bundesregierung eine Ergänzung der VDE-Bestimmungen erzwingen oder eine entsprechende Rechtsverordnung erlassen, die die Hersteller von Haartrocknern zwingt, auf die tödlichen Gefahren der Benutzung von Haartrocknern in der Badewanne, Dusche oder über mit Wasser gefüllten Waschbecken in der Gebrauchsanweisung und an den Geräten selbst hinzuweisen, und wurde inzwischen ein Forschungsauftrag vergeben, um die Möglichkeit zur Verhütung von Unfällen mit Haartrocknern zu untersuchen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

19. Abgeordneter **Besch** (CDU/CSU)

Welche Erkenntnisse haben den Bundeskanzler veranlaßt, in seiner Rede auf der 34. Kommandeurstagung der Bundeswehr am 29. April 1980 davon zu sprechen, daß das militärische Gleichgewicht angesichts der unverminderten sowjetischen Mittelstreckenwaffenrüstung erst im Lauf der nächsten Jahre „in empfindlicher Weise gestört werden könnte“?

20. Abgeordneter **Voigt (Sonthofen)** (CDU/CSU)

Treffen Pressemitteilungen zu (siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. Mai 1980), wonach die in Bonn akkreditierten ausländischen Militärattachés auf Wunsch des Bundesverteidigungsministeriums nicht mehr über die besondere Lage an der innerdeutschen Demarkationslinie unterrichtet und zur Besichtigung an die Sperranlagen der „DDR“ geführt werden, um „gewissen Schwierigkeiten“ – gemeint sind solche mit Ostblockländern – „aus dem Wege zu gehen“, und falls ja, welches sind die Gründe der Bundesregierung für dieses Verhalten?

21. Abgeordneter **Jungmann** (SPD)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung beabsichtigt, die im Bereich des Bundesverteidigungsministeriums zur Zeit zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätze für gewerblich-technische Berufe zu verringern?

22. Abgeordneter **Jungmann** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß kritische Veröffentlichungen von Soldaten über die Einsatzfähigkeit und Verteidigungsstrategie der Streitkräfte, wie zum Beispiel das Buch des Brigadegenerals Uhle-Wettler „Schlachtfeld Mitteleuropa“, ein Dienstvergehen darstellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

23. Abgeordneter **Dr. Penner** (SPD)

Welche Ergebnisse hatten die bisherigen Bemühungen der Bundesregierung, kindergesicherte Verschlüsse für Arzneimittel und Bedarfsgegenstände einzuführen, um Vergiftungsfälle bei Kindern zu verhindern oder zumindest zu vermindern?

24. Abgeordneter **Kuhlwein** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung Angaben des Präsidenten der bayerischen Tierärztekammer, nach denen (laut General-Anzeiger, Bonn, vom 22. Mai 1980) 70 bis 80 Prozent des Umsatzes an Tiermedikamenten (vor allem Hormone und Antibiotika) ohne Kontrolle durch Tierärzte verabreicht werden, wodurch erhebliche gesundheitliche Gefährdungen für die Verbraucher entstünden?

25. Abgeordneter **Kuhlwein** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die von den Tierärzten geforderten schärferen Kontrollen für die Verwendung von Tiermedikamenten und deren lückenlose Kennzeichnung sicherzustellen?

26. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius**

Wird die Bundesregierung eine gesetzliche Regelung über die rechtliche Zulässigkeit der Durchführung von Blutentnahmen, intramuskulären und intravenösen Injektionen, Infusionen und Transfusionen vorbereiten, um die erhebliche Rechtsunsicherheit mit haftungsrechtlicher Verantwortung für das Krankenpflegepersonal zu beseitigen und die in unterschiedlichen Stellungnahmen der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Schwesternverbände, der Deutschen Krankenhaus-Gesellschaft und der Bundesärztekammer zum Ausdruck gekommene kontroverse Auslegung von Anordnungsverantwortung des Arztes und Durchführungsverantwortung des Krankenpflegepersonals durch Herstellung klarer Rechtsgrundlagen zu entwirren, und was schlägt die Bundesregierung gegebenenfalls vor?

27. Abgeordneter **Hasinger** (CDU/CSU)

In welchen Beziehungen steht oder stand der Abteilungsleiter im Bundesgesundheitsamt Prof. Schönhöfer zu den gesetzlichen Krankenkassen oder ihren Einrichtungen und zu Unternehmen, Einrichtungen oder Verbänden der Pharmazeutischen Industrie, und sind ihm insbesondere Nebentätigkeiten oder Dienstreisen, die inhaltlich mit dem Aufgabenbereich des Arzneimittelinstitutes des Bundesgesundheitsamtes zusammenhängen, genehmigt worden?

28. Abgeordneter **Hasinger** (CDU/CSU)

An welchen Forschungsprojekten, Gutachten oder Beratungen der Bundesregierung, der Bundesbehörden, der gesetzlichen Krankenkassen oder ihrer Einrichtungen (s. auch Medical Tribune Nr. 17-1980) ist oder war Herr Dr. E. Greiser auf wessen Veranlassung und unter wessen Verantwortung beteiligt?

29. Abgeordneter **Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein** (CDU/CSU)

Ist der Vizepräsident des Bundesgesundheitsamts (BGA) der Leitungsebene des BGA zuzuordnen?

30. Abgeordneter **Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein** (CDU/CSU)

Welche Funktionen erfüllt der Vizepräsident des BGA?

31. Abgeordnete **Frau Dr. Martiny-Glotz** (SPD)

Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, die weitere Arbeit der Transparenzkommission für Arzneimittel nach der Entscheidung des Berliner Oberverwaltungsgerichtes durch ein Gesetz zu legalisieren, und durch welche Maßnahmen will die Bundesregierung sicherstellen, daß Verbraucher und Ärzte in angemessener Zeit den gesamten Pharmamarkt an Hand von anbieterunabhängigen Preis- und Qualitätsvergleichen besser überblicken können?

32. Abgeordneter **Marschall** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in steigendem Maße Schriften, in denen Rauschgift als harmloses Mittel empfohlen wird, auf den Markt gebracht und vor allem von Jugendlichen erworben werden, bzw. welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, gegen die Verbreitung derartiger Schriften Maßnahmen zu ergreifen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

33. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß im Straßenbausektor im Bereich des Landes Nordrhein-Westfalen dreiviertel der benannten Fälle den Bund betreffen, und in welcher Weise ist gerade im Straßenbau der gewerbliche Mittelstand bei der Vergabe öffentlicher Bauaufträge berücksichtigt?

34. Abgeordneter **Dr. Freiherr Spies von Büllesheim** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um sicherzustellen, daß bei großen öffentlichen Baumaßnahmen, insbesondere Straßenbauten, auch mittelständische Unternehmen eine faire Chance auf eine unmittelbare Auftragserteilung erhalten, und ist die Bundesregierung insbesondere bereit, in Zukunft bei Baumaßnahmen für Bundesautobahnen und Bundesstraßen von der Ausschreibung von Großlosen und der Vergabe an Generalunternehmer Abstand zu nehmen?

35. Abgeordneter **Dr. Freiherr Spies von Büllesheim** (CDU/CSU)

Wieviel Prozent des Auftragsvolumens sind für Bundesautobahnen bzw. für Bundesstraßen jeweils an die zehn umsatzstärksten Bauunternehmen allein (oder als Arge-Partner) in den letzten zehn Jahren vergeben worden?

36. Abgeordneter **Dr. Blüm** (CDU/CSU)

Muß das Verhalten des Bundespostministers im Zusammenhang mit dem Rechtsstreit mit der Firma Jäger KG aus Remagen – in dem die Deutsche Bundespost unterlag, dann aber durch die 13. Verordnung zur Änderung der Fernmeldeordnung vom 13. Dezember 1979 die Rechtsgrundlage so veränderte, daß die Firma Jäger KG aus ihrem Obsiegen im Rechtsstreit keinerlei Nutzen ziehen konnte – nicht so gewertet werden, daß jedermann darin einen Versuch erkennen kann, mittelständische Unternehmen von Aufträgen der Deutschen Bundespost fernzuhalten, und ist sich die Bundesregierung dessen gegebenenfalls bewußt?

37. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Ist bei der zu circa 2/3 abgeschlossenen Neuorganisation der Postämter mit Verwaltungsdienst eine Kostenersparnis in der zuvor erwarteten Höhe eingetreten, und in welcher Höhe kann sie pro Rechnungsjahr angegeben werden?

38. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Sind bei dieser Neuorganisation vorher nicht bekannte Faktoren, wie z. B. Nachteile zu großer Organisationseinheiten oder Betriebsfremdheit aufgetreten, und wie haben diese die vorher prognostizierten Personaleinsparungen beeinflußt?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

39. Abgeordneter **Dr. Jaeger** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob – wie in Pressemeldungen zu lesen war – die in Afghanistan eingesetzten sowjetischen Truppen um tschechoslowakische Soldaten – die Rede ist von 5 000 Mann – und/oder um andere Truppen oder „Militärexperten" des Warschauer Pakts, möglicherweise auch aus der DDR, verstärkt worden sind oder verstärkt werden sollen, und hält die Bundesregierung dies bejahendenfalls für vereinbar mit den Bestimmungen des Warschauer Pakts und den bilateralen Verträgen zwischen seinen Mitgliedern, deren Geltungsbereich auf das europäische Gebiet der beteiligten Länder beschränkt ist?

40. Abgeordneter **Dr. Jaeger** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung diese Entwicklung, sieht sie darin insbesondere eine Bestätigung dafür, daß eine Beschränkung der Entspannung auf Europa nicht möglich ist und eine Ausweitung des Afghanistankonflikts droht?

41. Abgeordneter **Coppik** (SPD)

Hat die Bundesregierung im Rahmen der Verhandlungen mit der Republik Türkei über eine Wirtschaftshilfe darauf hingewirkt, daß die türkische Regierung den Menschenrechtsverletzungen gegenüber opositionellen Kräften und nationalen Minderheiten Einhalt gebietet?

42. Abgeordneter **Coppik** (SPD)

Welche Konsequenzen aus den Menschenrechtsverletzungen in der Türkei will die Bundesregierung innerhalb der NATO und des Europarats ziehen?

43. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Können nach Auffassung der Bundesregierung die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu einem Staat, dessen Regierung seit Jahrzehnten Teilen des deutschen Volks die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts mit Gewalt vorenthält, die Mißachtung der Menschenrechte der in ihrem

Machtbereich lebenden Deutschen billigt und unterstützt sowie Hunderte von atomwaffenbestückten Mittelstreckenraketen gegen deutsche Städte in Stellung gebracht hat, als „befriedigend“ bezeichnet werden?

44. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Welche konkreten neuen Umstände haben den Bundeskanzler veranlaßt, die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur Sowjetunion anläßlich eines Besuchs des stellvertretenden Ministerpräsidenten der Sowjetunion in Bonn als „befriedigend“ zu bezeichnen, obwohl die sowjetische Regierung nach wie vor in schwerwiegender Weise grundlegende Rechte und Interessen des deutschen Volks verletzt und bedroht?

45. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung seit 1978 international unternommen, um Flüchtlingsprobleme der Welt zu vermindern?

46. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Sind in dieser Zeit finanzielle Angebote an die ASEAN-Staaten erfolgt, um diese Staaten zu veranlassen, künftig mehr Flüchtlinge menschenwürdig aufzunehmen?

47. Abgeordneter **Dr. von Weizsäcker** (CDU/CSU)

Welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um auf die Freilassung des demokratisch bewährten ehemaligen Oppositionsführers in Südkorea, Kim Dae Jung, seiner Angehörigen und seiner Mitarbeiter hinzuwirken?

48. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Wann, wo und wie oft hat das Auswärtige Amt amtliche Verbindungen zu den „Sicherheitsdiensten von PLO und Fatah“ aufgenommen und unterhalten?

49. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Werden von der Bundesregierung die zunehmenden Angriffe polnischer Gäste in der Bundesrepublik Deutschland gegen unser Verfassungsverständnis, die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts und den föderativen Aufbau unserer innerstaatlichen Ordnung zur Kenntnis genommen, und wie wird bejahendenfalls darauf reagiert?

50. Abgeordneter **Dr. Schweitzer** (SPD)

Hat die Bundesregierung der britischen Regierung ihre Auffassung und gegebenenfalls ihr Bedauern über die abgeschwächte Form der Anwendung von sogenannten Iran-Sanktionen im Rahmen der EG-Beschlüsse durch Großbritannien zum Ausdruck gebracht?

51. Abgeordneter **Becker (Nienberge)** (SPD)

Ist es richtig, daß Staatsminister von Dohnanyi in der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 17. April 1980 die Flucht der Deutschen aus den Oder-Neisse-Gebieten für „berechtigt und verständlich“ erklärt hat?

52. Abgeordneter **Becker (Nienberge)** (SPD)

Ist es richtig, daß die Antwort von Staatsminister von Dohnanyi auf die Zusatzfrage des Abgeordneten Hennig einzig dem Zweck diente, den sprachlichen Unterschied zwischen den Begriffen „Flucht“ und „Vertreibung“ zu verdeutlichen?

53. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Welchen Eindruck hat im Zusammenhang mit der Moskaureise des Bundeskanzlers die Erklärung des Vorsitzenden des Unterausschusses für europäische Angelegenheiten im US-Senat Biden auf die Bundesregierung gemacht, die laut NSP I vom 23. Mai 1980 lautete: „Aber die Europäer sollten eines nicht vergessen: wenn Schmidts Initiative falsch liegt und überhaupt die ganze europäische Zusammenarbeit mit den USA falsch liegt, ist es nicht undenkbar, daß es mit der NATO zu Ende geht, daß also die finanzielle und andere amerikanische Unterstützung für die atlantische Allianz aufhört?"

54. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Welche Gründe hatte die Bundesregierung, die sowjetische Rechtsauffassung, die von der Volksrepublik Polen in vollem Umfang geteilt wurde, in den Verhandlungen über die Völkermordkonvention in der Fragestunde von 14. Mai 1980 anders darzustellen, nachdem der sowjetische Delegierte klar und eindeutig damals festgestellt hat, der Völkermord (also auch der kulturelle Völkermord) sei ein Verbrechen – unabhängig von jeder Konvention – und daher nach sowjetischer Auffassung bereits nach allgemeinem Völkerrecht strikt untersagt?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

55. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Berichte bestätigen, denenzufolge die an den Bremer Krawallen anläßlich der öffentlichen Vereidigung von Bundeswehrsoldaten beteiligten linksextremistischen Gruppen für die nächste Zeit neuerliche gewaltsame Demonstrationen in Gorleben planen, und trifft es zu, daß die militanten Kernkraftgegner aus Bremen und Umgebung bei den Bremer Ausschreitungen führend beteiligt gewesen sind?

56. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um zu verhindern, daß derartige Gruppierungen mit verfassungsfeindlicher Zielsetzung die Staatsautorität weiterhin untergraben?

57. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Enthalten die vom Bundesausgleichsamt (Bundesnotaufnahmeverfahren) veröffentlichten Zahlen der Übersiedler aus der DDR in den Jahren 1963 (29 665), 1964 (30 012), 1965 (17 666), 1966 (15 675), 1967 (13 188), 1968 (11 134) und 1969 (11 702) auch Flüchtlinge, die nach Rechtsauffassung der DDR deren Gebiet illegal verlassen haben?

58. Abgeordnete **Frau Dr. Däubler-Gmelin** (SPD)

Welche Überlegung der Bundesregierung liegt der Handhabung von § 40 des Bundesbesoldungsgesetzes zugrunde, nach der für Ehepaare, die beide jeweils zur Hälfte teilzeitbeschäftigt als Beamte tätig sind, der Ortszuschlag nicht nur halbiert, sondern auf zweimal die Hälfte des halben Ortszuschlags reduziert wird?

59. Abgeordnete **Frau Dr. Däubler-Gmelin** (SPD)

Besteht die Absicht, solche Behinderungen einer im Einzelfall familienfreundlichen Aufteilung der Arbeitszeit aufzuheben?

60.	Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung bekannt, daß Sportdelegationen und Künstlerensembles aus den Ostblockstaaten von Mitgliedern des jeweiligen Staatssicherheitsdienstes begleitet und bewacht werden (vgl. Süddeutsche Zeitung, Nummer 108, Seite 37)?
61.	Abgeordneter **Graf Stauffenberg** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung entschlossen, das Ihre dazu beizutragen, damit die für Herbst 1981 in Berlin geplante und von ihr geförderte Preußenausstellung zu einem historisch zutreffenden, nach Stoff und Inhalt ausgewogenen und geschichtspädagogisch vorbildlichen Ereignis wird?
62.	Abgeordneter **Graf Stauffenberg** (CDU/CSU)	Teilt die Bundesregierung die Sorge, daß sich bei der Vorbereitung der Preußenausstellung Bestrebungen durchsetzen könnten, die das Ausstellungsvorhaben durch Übertreibungen und durch eine unhistorisch, retrospektiv-sozialkritisch aufgezäumte Darstellung Preußens, die aus der zeitgeschichtlichen Gesamtsituation Europas herausgerissen ist, zu einer klassenkämpferischen Anklage mißbrauchen wollen?
63.	Abgeordneter **Dr. Enders** (SPD)	Wird die Bundesregierung den bundesdeutschen Kampfrichtern und den Delegierten für internationale Fachkongresse empfehlen, nicht an den Olympischen Spielen in Moskau teilzunehmen, damit der Olympiaboykott der aktiven Sportler nicht unterlaufen wird?
64.	Abgeordneter **Dr. Schäuble** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Entscheidung der im Deutschen Sportbund zusammengeschlossenen olympischen Spitzenverbände, 32 Offizielle zu den anläßlich der Olympischen Spiele in Moskau stattfindenden Kongresse der internationalen Föderationen zu entsenden?
65.	Abgeordneter **Dr. Schäuble** (CDU/CSU)	Werden diese Reisen direkt oder indirekt aus Haushaltsmitteln des Bundes finanziert?
66.	Abgeordneter **Werner** (CDU/CSU)	Wann ist der Bundesinnenminister willens, seine sich aus der Übernahme der ehemaligen Bundesfestung Ulm (Reduit-Wilhelmsburg) ergebenden denkmalschützerischen Verpflichtungen im Rahmen eines Sanierungsprogramms, welches zunächst die absolut notwendigsten Maßnahmen zur Sicherung der bestehenden Bausubstanz und danach die erforderlichen Erhaltungs- und Restaurationsmaßnahmen umfassen sollte, zu erfüllen?
67.	Abgeordneter **Werner** (CDU/CSU)	Wie hoch schätzt der Bundesinnenminister die sich aus einem derartigen zweiphasigen Sanierungsprogramm ergebenden Kosten, und welche Möglichkeiten sieht er zu deren finanztechnischen und haushaltsrechtlichen Abwicklung?
68.	Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)	Mit welchen Begründungen hat der Bundesinnenminister das von ihm zugesagte Grundsatzreferat beim Kongreß des Bundes der Kriminalbeamten (BdK) am 22. Mai 1980 in Aachen kurzfristig wieder abgesagt?
69.	Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß sich der Bundesinnenminister jedenfalls auch mit der Teilnahme an der Sitzung des Innenausschusses entschuldigt hat, obwohl er tatsächlich weder daran teilnahm noch auch nur um die Teilnahme gebeten worden war?

70. Abgeordneter **Dr. Miltner** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Bundesinnenminister am Tage des BdK-Kongresses ein gemeinsam mit dem Alt-Terroristen Horst Mahler verfaßtes Buch präsentierte, und wann und von wem haben die Veranstalter das erstmals erfahren?

71. Abgeordneter **Dr. Miltner** (CDU/CSU)

Ist es richtig, daß die Kongreßteilnehmer in Aachen deshalb auf die Anwesenheit des Bundesinnenministers verzichten mußten, weil die Urlaubspläne des mit seiner Strafverbüßung in Berlin beschäftigten Horst Mahler keinen anderen Termin zuließen?

72. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU)

Hat der Bundesinnenmister ein langfristig zugesagtes Grundsatzreferat vor der Fachtagung „Kripo international" kurzfristig abgesagt, um gemeinsam mit dem rechtskräftig verurteilten Terroristen Horst Mahler ein Buch vorzustellen –, und hat er dabei eine nicht existierende parlamentarische Verpflichtung als Entschuldigunsgrund gegenüber dem Bund Deutscher Kriminalbeamter angegeben?

73. Abgeordneter **Dr. Möller** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung nach der letzten Besoldungserhöhung im Januar 1980 den Vorschlägen der EG-Kommission um eine erneute Anhebung der Besoldung der Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften widersprechen angesichts ihrer Feststellung, daß der Besoldungsabstand zwischen den EG-Bediensteten und dem öffentlichen Dienst in der Bundesrepublik Deutschland zu groß ist?

74. Abgeordneter **Dr. Möller** (CDU/CSU)

Falls nein, mit welcher Begründung?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

75. Abgeordneter **Dr. Meyer zu Bentrup** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, die am Ende des Wirtschaftsjahrs 1978/1979 ausgelaufene Begünstigung bestimmter Investitionen, die der Modernisierung und Rationalisierung der landwirtschaftlichen Betriebe und ihrer Eingliederung in die Europäische Gemeinschaft dienen, nach den §§ 76 bis 78 der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung weiter zu verlängern?

76. Abgeordneter **Dr. Meyer zu Bentrup** (CDU/CSU)

Wenn ja, ab wann ist mit der entsprechenden Verordnung zur Änderung der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung 1979 zu rechnen?

77. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Warum ist die Bundesregierung dagegen (siehe Antwort auf meine Frage Nr. 36 in der Fragestunde vom 14. 5. 1980), daß bei selbstgenutzten Eigenheimen und Eigentumswohnungen die Umstellung der Wärmeerzeugung auf andere Brennstoffe als Heizöl in die Abschreibungsbegünstigung nach § 82 a EStDV einbezogen wird, obwohl auch bei dieser Umstellung moderne Technologien zum Einsatz kommen?

78. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung mit dem Grundsatz der Gleichmäßigkeit der Besteuerung für vereinbar, daß die vorerwähnten Umstellungskosten bei Zweifamilienhäusern und Mietgrundstücken sofort als

Erhaltungsaufwand abgezogen werden können, bei selbstgenutzten Einfamilienhäusern und Eigentumswohnungen dagegen steuerlich nicht einmal im Rahmen der zehnjährigen Abschreibungen nach § 82 a EStDV berücksichtigt werden?

79. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung es mit Sinn und Entstehungsgeschichte der letzten Änderung des § 82 a EStDV für vereinbar, daß bei selbstgenutzten Einfamilienhäusern, deren Nutzungswert nach § 21 a EStG ermittelt wird, zwar der Ersatz von Kohleöfen durch eine energieaufwendige Ölzentralheizung steuerlich begünstigt wird, nicht jedoch der in Energiesparabsicht vorgenommene Ersatz einer Ölzentralheizung durch eine andere, etwa mit Kohle oder Gas betriebene Heizungsanlage?

80. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung das Ausmaß derjenigen Nutzer von eigenen Einfamilienhäusern bekannt, die auch durch das Versprechen von Steuervorteilen in vom Presse- und Informationsamt herausgegebenen Informationsschriften (vgl. z. B. Bürger-Service Band 6 „So hilft der Staat beim Heizenergiesparen . . . ", S. 11) veranlaßt wurden, ihre Ölheizung durch eine ölunabhängige Befeuerungsanlage zu ersetzen und die nun von den Finanzämtern bescheinigt erhalten, daß ihnen die erhöhten Abschreibungen nach § 82 a EStDV gar nicht zustehen, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, diesem Personenkreis zu helfen?

81. Abgeordneter **Stockleben** (SPD)

Müssen öffentliche Versorgungsbetriebe zur Wasseraufarbeitung Umsatz- oder Körperschaftsteuer entrichten, wenn sie Biogas, das beim Betrieb einer eigenen Kläranlage gewonnen wurde, unmittelbar an landwirtschaftliche Betriebe abgeben?

82. Abgeordneter **Kolb** (CDU/CSU)

Auf welche Ursachen führt die Bundesregierung die mangelnde Investitionsbereitschaft der Versicherungsunternehmen im Wohnungsbau zurück, obwohl die Versicherungsunternehmen über erhebliche Anlagevermögen verfügen und grundsätzlich bereit sind, im Wohnungsbau zu investieren, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Investitionsbedingungen für die Versicherungsunternehmen im Wohnungsbau zu verbessern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

83. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß bei den Vergabeentscheidungen bei der Durchführung von Bauaufgaben des Bundes eine angemessene Berücksichtigung des gewerblichen Mittelstands stattfindet, und kann die Bundesregierung in diesem Zusammenhang detaillierte Angaben machen?

84. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Ist die Feststellung in der Pressemitteilung des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau vom 30. Mai 1980 Nummer 44-80 über die Verteilung der Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau 1980, es sei künftig für die Verteilung der Bundesmittel eine Dauerregelung zu finden, dahin zu verstehen, daß die Bundesregierung

nunmehr wieder eine gesetzliche Regelung über die Beteiligung des Bundes und der Länder in der Wohnungsbauförderung anstrebt, und wie erklärt die Bundesregierung dann ihren Verzicht auf eine solche von ihr bereits für diese Wahlperiode einmal angestrebte Regelung?

85. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Welche Anfangsverluste muß nach den Feststellungen der Bundesregierung ein Investor im frei finanzierten Mietwohnungsbau hinnehmen, und welche Zeiträume sind erforderlich, um in die Renditezone hineinzuwachsen und die Anfangsverluste auszugleichen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

86. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Wie erklärt sich der Rückgang der Zahlen der Übersiedler aus der DDR in den Jahren 1970 (12 472), 1971 (11 565), 1972 (11 627), 1973 (8 667), 1974 (7 928), 1975 (10 274), 1976 (10 058), 1977 (8 041), 1978 (8 271), 1979 (9 003)?

87. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)

Ist es nach Auffassung der Bundesregierung eine aus dem Grundgesetz sich ergebende und vom Bundesverfassungsgericht bestätigte Pflicht, daß alle Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland, mithin auch das Land Berlin, eine Politik führen müssen, die der freiheitlichen Wiedervereinigung unseres Landes dient, und falls ja, ist die Äußerung des Berliner Regierenden Bürgermeister Stobbe, die Wiedervereinigung „störe die für den Frieden wesentliche delikate Machtbalance zwischen Ost und West", deshalb müsse die Teilung Deutschlands und Berlins zum Zwecke der Erhaltung des Friedens aufrecht erhalten werden (vgl. „Die Welt" vom 2. Juni 1980), mit dieser Pflicht vereinbar?

88. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, auf das Land Berlin in dem Sinne einzuwirken, daß öffentliche Äußerungen seiner Amtsträger in der oben erwähnten Art vermieden, und durch ein klares Eintreten für die Wiedervereinigung unseres Landes in Frieden und Freiheit ersetzt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

89. Abgeordneter **Dr. Probst** (CDU/CSU)

Hat Bundesforschungsminister Hauff während seines vier Tage dauernden offiziellen „DDR"-Besuchs die Gelegenheit ergriffen, sich eingehend über den Sicherheitsstandard von Kernkraftwerken in der „DDR" zu informieren, welches Gefährdungspotential ergibt sich bejahendenfalls daraus für die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland, und wie vereinbart sich verneinendenfalls eine solche Haltung mit der von der Bundesregierung verfolgten Energiepolitik, in der dem Sicherheitsstandard von Kernkraftwerken höchste Priorität zugewiesen wird?

90.	Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)	Muß aus der von Minister Hauff in Weimar abgegebenen Erklärung, die mit einem „sehr dünnen Eis" verglichene Belastbarkeit in den deutsch-deutschen Beziehungen vertrage es nicht, „daß wir ständig darauf herumtrampeln", gegebenenfalls geschlossen werden, daß alle der „DDR" unangenehmen Themen aus dem gesamtdeutschen Dialog herausgehalten werden müssen?
91.	Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)	Müßte sich die Bundesregierung bejahendenfalls nicht den Vorwurf einer doppelten Moral gefallen lassen, wenn sie den Ausbau der friedlichen Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland, trotz weltweit höchsten Sicherheitsstandards, mit Sicherheitsbedenken beeinträchtigt, während sie gleichzeitig keinen Anstoß am Sicherheitsstandard von Kernkraftwerken in der „DDR" nimmt, obwohl diese weder mit einem Containment, noch mit einem Notkühlsystem und drucksenkenden Kondensatoren ausgestattet sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

92.	Abgeordneter **Dr. Sprung** (CDU/CSU)	Teilt die Bundesregierung die von Bundesminister Offergeld im „Informationsdienst Entwicklungspolitik" (Nummer 5/80) geäußerte Ansicht zur Lösung des Recyclingproblems der Ölgelder?
93.	Abgeordneter **Dr. Sprung** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung demnach auch der Meinung, daß eine internationale Institution den Ölländern Wertpapiere anbieten könnte, deren Nominalverzinsung über der jährlichen Preissteigerungsrate für Industriegüter liegt, und diese internationale Institution dann einen Teil der so zugeflossenen Ölgelder für Kredite zu günstigen Konditionen an die Öl importierenden Entwicklungsländer verwenden könnte?
94.	Abgeordneter **Dr. Schwencke** (SPD)	Wie beurteilt die Bundesregierung die bisherige Erfahrung der Modellprojekte des EG-Programms zur Bekämpfung der Armut?
95.	Abgeordneter **Dr. Schwencke** (SPD)	Wird die Bundesregierung ebenso wie das Europäische Parlament (Annahme des Berichtes Boyes vom 14. März 1980; PE 63 678) und die anderen acht Mitgliedsstaaten das von der Kommission vorgeschlagene Interimprogramm für die Zeit von 1981 bis 1982 akzeptieren?

B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Dr. Zimmermann** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Bundeskanzler mit dem Präsidenten des Deutschen Sportbunds, Weyer, wegen des Bahr-Briefs telefoniert hat, und was hat er gegebenenfalls dem Präsidenten gesagt?

2. Abgeordneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung für angebracht und zutreffend, in der englischen Ausgabe des Bulletins des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 27. Mai 1980 einen Artikel auf der Titelseite mit der Überschrift „Fünf Jahre Erfahrungen mit dem neuen Abtreibungsgesetz" zu versehen?

3. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Teilt das Bundeskanzleramt Petenten mit – und wenn ja, aus welchen Gründen –, daß der Rahmen des vorgesehenen Besuchs des Bundeskanzlers beim Staatsratsvorsitzenden der DDR, Honecker, es nicht erlauben werde, humanitäre Einzelfälle zur Sprache zu bringen, und kann dieser Rahmen dann nicht noch geändert werden, damit zumindest eine Liste vorrangiger Härtefälle in der dringenden Erwartung einer baldigen menschlichen Lösung übergeben werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

4. Abgeordneter **Männing** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung angesichts des gegenwärtigen Stands der Verhandlungen über die Autonomie des Westjordanlands und des Gaza-Streifens die Erfolgsaussichten einer Einigung zwischen Israel und Ägypten auf der Basis des Camp-David-Abkommens?

5. Abgeordneter **Männing** (SPD)

Hält die Bundesregierung amerikanische Besorgnisse für begründet, daß die westeuropäischen Staaten die Autonomieverhandlungen für gescheitert halten und entschlossen seien, eine Entschließung in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einzubringen, die die Anerkennung der „Palästinensischen Befreiungs-Front" als legitimen Vertreter der palästinensischen Araber im Westjordanland und im Gaza-Streifen zum Inhalt hat?

6. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Hilft die Bundesrepublik Deutschland dem Staat Somalia, dem sie seit der Polizeiaktion zur Geiselbefreiung in Mogadischu zu Dank verpflichtet ist, in der Bewältigung der Probleme, die durch die massenhafte Flucht von ganzen Bevölkerungsteilen aus dem benachbarten Äthiopien entstehen, oder sucht die Bundesrepublik Deutschland zu helfen, und wenn ja, in welcher Weise?

7.	Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung das Flüchtlingsproblem in Somalia?
8.	Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)	Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß hier umgehend praktische und wirksame Hilfe notwendig ist?
9.	Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)	Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, welche Schritte und Initiativen zur Linderung dieses Problems unternommen worden sind?
10.	Abgeordneter **Pfeifer** (CDU/CSU)	Hat die Bundesregierung die Absicht, das Programm zur Beschäftigung voll ausgebildeter, noch nicht beamteter Lehrkräfte im Ausland auch in den kommenden Jahren fortzuführen oder gibt es in der Bundesregierung Überlegungen, dieses Programm zu beenden?
11.	Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)	Wie viele Stellen im höheren und gehobenen Auswärtigen Dienst sind zur Zeit nicht besetzt, und welche Gründe für die Nichtbesetzung kann das Auswärtige Amt anführen?
12.	Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)	Wie sind die Rechte der deutschen Staatsangehörigen bei den Abkommen über Zusammenarbeit zwischen Jugoslawien und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gewahrt worden?
13.	Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)	Wie viele Kubaner haben sich seit dem 1. Januar 1980 über die Deutsche Botschaft in Havanna um eine Ausreise aus politischen Gründen in die Bundesrepublik bemüht, und wie viele kubanische Flüchtlinge haben anderen Stellen des Bundes gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß sie in der Bundesrepublik Deutschland ihren Aufenthalt nehmen wollen?
14.	Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)	Hat sich ein Mitglied der Bundesregierung beim Besuch des stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten Tichonow in Bonn durch Überreichung von Namenslisten oder in anderer Weise für deutsche oder andere Opfer von Menschenrechtsverletzungen in der Sowjetunion und in Afghanistan eingesetzt, und wenn ja, wie war die sowjetische Reaktion?
15.	Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)	Beabsichtigt der Bundeskanzler, sich bei seinem Besuch in Moskau und in der „DDR" im obigen Sinne für deutsche und andere Opfer von Menschenrechtsverletzungen, besonders auch in Afghanistan, einzusetzen, und wenn ja, wird die Bundesregierung den Bundestag über das Ergebnis derartiger Bemühungen unterrichten?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

16. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß es NATO-Richtlinien gibt, wonach die Ausgaben für militärische und zivile Verteidigung im Verhältnis 20 zu 1 stehen sollen und dieses Verhältnis in der Bundesrepublik Deutschland z. Z. bei 56 zu 1 liegt, und falls ja, welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um der NATO-Empfehlung nachzukommen und im Rahmen der Gesamtverteidigung z. B. den Schutzraumbau so zu erweitern, daß im Verteidigungsfall möglichst viele Menschen eine Überlebenschance haben?

17. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Stimmen die Zahlen des Generalsekretärs des Deutschen Roten Kreuzes über Aussiedlungen Deutscher aus den Ostvertragsstaaten UdSSR, Volksrepublik Polen und CSSR (UdSSR: 1956 bis 1969 insgesamt 21 620, 1970 bis 1979 insgesamt 56 590; Polen: 1956 bis 1969 insgesamt 362 284, 1970 bis 1979 insgesamt 202 719; CSSR: 1956 bis 1969 insgesamt 59 219, 1970 bis 1979 insgesamt 12 365), die der Bundesaußenminister kürzlich auf Antrag der CDU/CSU) den Mitgliedern des Auswärtigen Ausschusses zur Verfügung gestellt hat, mit den Zahlen des Bundesinnenministers überein, und wie stellt sich die Entwicklung der Aussiedlerzahlen seit dem 1. Januar 1980 dar?

18. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Gilt für die Ausreise aus der UdSSR immer noch die deutsch-sowjetische Repatriierungsvereinbarung vom 8. April 1958 als Rechtsgrundlage für deutsche Forderungen auf diesem Gebiet?

19. Abgeordneter **Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein** (CDU/CSU)

Warum sieht die EG-Richtlinie über den Grundwasserschutz vom 17. Dezember 1979 eine Unterrichtung der betroffenen Mitgliedstaaten vor Erteilung von neuen Genehmigungen für Ableitungen gefährlicher Stoffe zwingend vor, hingegen keine Unterrichtung über alte Genehmigungen für ständige Ableitungen gefährlicher Stoffe und über vorhandene grenznahe Deponien, aus denen solche Stoffe jederzeit austreten können?

20. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Ist der Bundesregierung der Beschluß der Saarländischen Landesregierung bekannt, Bürger aus Frankreich und Luxemburg an Genehmigungsverfahren für umweltbeeinflussende Projekte zu beteiligen, und wie beurteilt die Bundesregierung diesen Kabinettsbeschluß?

21. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Könnte nach Auffassung der Bundesregierung die Entscheidung der Saarländischen Landesregierung, Bürger aus Frankreich und Luxemburg an Genehmigungsverfahren für umweltbeeinflussende Projekte zu beteiligen auch für andere Bundesländer mit einer Grenze zu anderen Staaten sinnvoll sein, und wird die Bundesregierung in dieser Hinsicht mit einer Initiative an die betreffenden Länder herantreten?

22. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung das Schreiben des Hauptpersonalrates des BGS an alle BGS-Personalvertretungen, in dem dieser darauf hinweist, daß für den Bereich des Bundesgrenzschutzes kein Rechtsanspruch auf Anrede mit der Amtsbezeichnung bestehe und in dem der Hauptpersonalrat um Kenntnisnahme und entsprechende Information der Beschäftigten des Bundesgrenzschutzes bittet, ohne daß ein entsprechender Befehl an die untergeordneten Dienststellen des BGS seitens des Bundesinnenministeriums erfolgt ist?
23. Abgeordneter **Dr. Schweitzer** (SPD)	Trifft es zu, daß nach wie vor Kontrollratsgesetze in Berlin in Kraft sind, wonach theoretisch gegenüber Personen, die keine gültigen Personalpapiere bei sich führen, durch die Polizei von der Schußwaffe Gebrauch gemacht werden kann, und was kann die Bundesregierung gegebenenfalls unternehmen, um auch hier zu einem „Entrümpelungsprozeß" antiquierter Rechtsvorschriften beizutragen?
24. Abgeordneter **Bahner (Berlin)** (CDU/CSU)	Welche zehn Gehalts- bzw. Lohnzulagearten des öffentlichen Dienstes zeichnen sich nach subjektiver Beurteilung der Bundesregierung durch besondere Tätigkeitsspezifität bzw. Exklusivität aus (s. Report in der 22. Woche dieses Jahres)?
25. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)	Kann die Bundesregierung die erneuten Meldungen bestätigen, nach denen die „Sozialistische Einheitspartei West-Berlin" (SEW) nach monatelangen Auseinandersetzungen „vor einer offenen Zerreißprobe" steht, „die von einer starken euro-kommunistischen Opposition ausgelöst wurde", und für wie bedeutungsvoll schätzt die Bundesregierung die Rolle dieser in Pressemeldungen erwähnten Oppositionsgruppe ein?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

26. Abgeordnete **Frau Matthäus-Maier** (FDP)	Wie hoch ist der Anteil der Richterinnen beim Bundesgerichtshof, beim Bundesverwaltungsgericht, beim Bundesfinanzhof, beim Bundesarbeitsgericht und beim Bundessozialgericht?
27. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)	Von welchem Wohnungsbedarf für die Bediensteten des Europäischen Patentamts in München ist die Bundesregierung bei ihren Verhandlungen zur Schaffung des Patentamts ausgegangen, und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Höhe des tatsächlichen Wohnungsbedarfs und darüber, wie dieser künftig gedeckt werden wird?
28. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)	In welchem Umfang wurden in München mit Hilfe des Bundes zusätzliche Wohnungen für die Bediensteten des Europäischen Patentamts geschaffen, und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, inwieweit solche Wohnungen mit Hilfe anderer Stellen geschaffen wurden?

29. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Treffen Meldungen zu, nach denen Steuer- und Zivilgerichte entschieden haben, daß der unterhaltszahlende Mann nicht verpflichtet sei, der unterhaltsberechtigten Frau die durch Realsplitting bedingten finanziellen Lasten zu ersetzen, um welche Urteile handelt es sich hierbei und haben diese Urteile Zweifel beim Bundesjustizminister in der Weise geweckt, daß das beim Realsplitting notwendige Zustimmungserfordernis des unterhaltsberechtigten Ehegatten rechtlich unerheblich ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

30. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Wie hoch war die Nettoverschuldung des Bundes Ende Mai 1969, Ende Mai 1974 und Ende Mai 1980?

31. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Notwendigkeit der Mitteilungspflicht der Finanzämter an die Kreditinstitute und Bausparkassen im Hinblick auf den erheblichen Arbeitsaufwand für die Verwaltung?

32. Abgeordneter **Brandt (Grolsheim)** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Grenze der steuerlichen Absetzbarkeit für Pakete in der DDR, die derzeit bei Päckchen 20 DM und bei Paketen 30 DM beträgt, entsprechend der gestiegenen Lebenshaltungskosten angehoben werden sollte?

33. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um die arbeitsrechtliche Gleichbehandlung aller bei den US-Streitkräften beschäftigten deutschen Arbeitnehmer zu erreichen und entsprechend dem NATO-Truppenstatut die Gesetze des Gastlands einschließlich deutschen Arbeitsrechts uneingeschränkt zur Geltung zu bringen?

34. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Wird die Bundesregierung Maßnahmen ergreifen, damit uneingeschränkte Anwendung deutschen Arbeitsrechts bei der Privatisierung von Dienstleistungen für die US-Streifkräfte auch bei ausländischen Kontraktfirmen gewährleistet wird?

35. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß im Rahmen der Übergabe von Dienstleistungen an private Unternehmen (z. B. im Raum Baumholder) deutschen Arbeitnehmern von ausländischen Kontraktfirmen nach einem Jahr (Rationalisierungsschutzabkommen) gekündigt wurde und die Arbeitsplätze an erheblich unterbezahlte ausländische Arbeitnehmer (Pakistani) vergeben wurden?

36. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß deutsche Arbeitnehmer bei den US-Streitkräften beklagen, daß sowohl bei der Besetzung von Dienstposten als auch bei der Bezahlung insofern eine Diskriminierung deutscher Arbeitnehmer festzustellen ist, als sogenannte dependents bevorzugt und besser bezahlt werden (z. B. erhalten deutsche Küchenfrauen 6 DM pro Stunde, während eine amerikanische Küchenfrau für gleiche Leistung 7 US $ erhält)?

37. Abgeordneter **Pohlmann** (CDU/CSU)	Wird die Bundesregierung die angekündigte Prüfung des Problemkreises der Begrenzung der Nachhaftung für betriebliche Versorgungszusagen unter Berücksichtigung der höchstrichterlichen Rechtsprechung noch in dieser Legislaturperiode vornehmen?
38. Abgeordneter **Pohlmann** (CDU/CSU)	Teilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Auffassung, daß eine klare gesetzliche Regelung dieses Problems im Sinne einer festen zeitlichen Haftungsbegrenzung ohne Rücksicht auf Fälligkeiten im Interesse der weiteren Ausbreitung der betrieblichen Altersversorgung wünschenswert wäre?
39. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)	Treffen Pressemeldungen zu, wonach neue Geldscheine für eine etwaige Währungsreform bereits gedruckt sind oder der Druck bereits vorbereitet wird?
40. Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU)	Hat die Bundesregierung bereits mit Überlegungen oder Vorarbeiten begonnen, um für den von ihr angenommenen Fall, daß auch die künftige Bundesregierung von SPD oder SPD/FDP gestellt wird, alsbald nach der Bundestagswahl ein Haushaltssicherheitsgesetz vorlegen zu können?
41. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)	Wieviel öffentliche Mittel des Bundes sind seit 1976 zum Aufbau von Zusatzrenten für die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes (VBL) und der Bauwirtschaft (in deren Kassen) aufgewendet worden, und wie hoch ist der damit verbundene Steuerausfall?
42. Abgeordneter **Schröder (Lünebueg)** (CDU/CSU)	Sind neue Erhebungen über das Ausmaß und die Entwicklung der betrieblichen Altersversorgung (für sämtliche Wirtschaftszweige) vorgesehen, und wenn ja, wann sollen diese durchgeführt werden?
43. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Bundesrepublik Deutschland und die Republik Österreich gegenseitig noch eine Personenbeförderungsteuer für Omnibusse erheben, und sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, Verhandlungen dahin gehend aufzunehmen, daß im Zuge einer europäischen Harmonisierung diese Steuer abgeschafft werden kann?
44. Abgeordneter **Kolb** (CDU/CSU)	Wie hoch sind die fehlenden Steuereinnahmen aus diesem Wohnungsdefizit zu veranschlagen, und welche steuerlichen Tatbestände werden dafür in Ansatz gebracht?
45. Abgeordneter **Bahner (Berlin)** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, die im Deutschlandmagazin vom 2. Juni 1980 unter dem Titel „Sockelsturz der Deutschen Mark" gemachten Ausführungen und meine schriftliche Anfrage Nr. 55 vom 10. April 1980 zum Anlaß zu nehmen, wohlwollend zu prüfen, ob Bemühungen der Berliner Handelsbank und Frankfurter Bank, die deutsche Inflationsrate nach den exakteren amerikanischen Methoden zu berechnen, nicht auch Eingang in die Form der Informationsaufbereitung und Veröffentlichung durch die Bundesregierung finden könnten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

46. Abgeordneter **Dr. Fuchs** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung angesichts der kritischen Energielage die DIN 50/44 vom Juni 1975 über die Beleuchtungsstärken an Straßen verschiedener Kategorien für änderungsbedürftig, und beabsichtigt sie, gegebenenfalls geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Normen über die Straßenbeleuchtung den veränderten Verhältnissen anzupassen?

47. Abgeordneter **Dr. Fuchs** (CDU/CSU)

In welcher Höhe sind gegebenenfalls bei einer Verringerung der Ausleuchtungsstärken Energieeinsparungen zu erwarten?

48. Abgeordneter **Schmitz** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung sagen, in welcher Höhe und zu welchen Konditionen das im April durch den Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Herrn Schlecht, und der ehemaligen Wirtschaftsministerin von Nordrhein-Westfalen, Frau Funcke, verkündete grenzüberschreitende Programm für die südliche Maas-Rhein-Region finanziell dotiert wird, und wer oder welche Projekte gefördert werden?

49. Abgeordneter **Schmitz** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung sagen, ob und mit welchen Ergebnissen der Lenkungsausschuß für dieses Programm gearbeitet hat, und in welcher Höhe und für welchen Zeitraum die Förderung dieses Gebietes vorgesehen ist?

50. Abgeordneter **Schmitz** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß im Haushalt 1981 und in der mittelfristigen Finanzplanung bis 1985 bisher keinerlei Mittel für ein solches Programm vorgesehen worden sind, und wie erklärt sich die Bundesregierung, daß bisher nur das Königreich der Niederlande bereit ist, an einem solchen Programm mitzuarbeiten?

51. Abgeordneter **Schmitz** (CDU/CSU)

Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung, das Königreich Belgien zu veranlassen, sich ebenfalls an diesem Programm zu beteiligen?

52. Abgeordneter **Schreiber** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, den von den Wirtschaftssanktionen gegen Iran betroffenen Unternehmen Hilfen zu gewähren, um die Arbeitsplätze zu sichern, die vor allem in mittelständischen Betrieben, die stark vom Exportmarkt Iran abhängig sind, durch die Boykott-Maßnahmen gefährdet sind?

53. Abgeordneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß sie mit ihrer Kartellpolitik gegenüber der deutschen elektronischen Industrie deren Wettbewerbsfähigkeit mit Importen aus asiatischen Ländern nicht beeinträchtigt?

54. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, für Investitionen der deutschen Wirtschaft im asiatischen und afrikanischen Bereich in gleichem Umfang und in gleicher Höhe zu bürgen wie für Investitionen im Ostblock?

55. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung den Betrieben, die wegen der Umstellung ihrer Produktionsanlagen von Mineralöl auf Kohle in wirtschaftliche Schwierigkeiten kommen, Hilfen gewähren, wenn nein, warum werden im Gegensatz zur Energieeinsparung bei der Energieumstellung keine Investitionsanreize gegeben?

56. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Hat der dänische Charterreisenkonzern Tjaereborg mit der Bundesregierung oder mit Dienststellen des Bundes Gespräche mit dem Ziel aufgenommen, von Kopenhagen-Kastrup in die Bundesrepublik überzusiedeln, wenn ja, zu welchem Ergebnis führten bisher diese Gespräche?

57. Abgeordneter **Bahner (Berlin)** (CDU/CSU)

Sind die Verbraucherpreise im April dieses Jahres nicht nur um 5,7 v. H., sondern in Wirklichkeit um 12,3 v. H. gegenüber dem Vorjahr gestiegen, wie aus einem ausführlichen Artikel in „Quick" „Inflation in Deutschland – Die Wahrheit über die Preise" mit zahlreichen Beispielen und einleuchtenden Darlegungen von Fachleuten untermauert wurde, und wenn nein, wie begründet die Bundesregierung ihre Auffassung?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

58. Abgeordneter **Ludewig** (FDP)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Erhöhung des Erdgassondertarifs für den holländischen Unterglasbau um 3 Cent/m^3 zum 1. April 1980 und die am 1. Oktober 1980 vorgesehene weitere Erhöhung um 1,5 Cent/m^3 nur unzureichend zum Abbau der staatlich begünstigten Heizkostenvorteile beitragen, und welche Bemühungen unternimmt die Bundesregierung, um die vollkommene Beseitigung des Erdgassondertarifs in den Niederlanden zu erreichen?

59. Abgeordneter **Stockleben** (SPD)

Welche Gemeinden innerhalb des Landkreises Gifhorn erhielten Mittel aus dem Programm „8. Rahmenplan" zur Dorferneuerung, und welche Förderungen wurden seitens des Bundes angewendet?

60. Abgeordneter **Vogt (Düren)** (CDU/CSU)

Entsprechen Pressemitteilungen den Tatsachen, die auf eine „Intervenierung" von Wein innerhalb der EG hinweisen und die Vermutung aussprechen, daß in diesem Jahr rund 7 Millionen Hektoliter einwandfreier Tafelwein mit einem Produktionswert von etwa 400 Millionen DM zu Alkohol destilliert werden?

61. Abgeordneter **Vogt (Düren)** (CDU/CSU)

Sind Pressemitteilungen zutreffend, die auf eine „Intervenierung" von Fisch und Obst im EG-Bereich hinweisen, und, falls dies zutrifft, welchen Produktionswert haben beide Produkte insgesamt?

62. Abgeordneter **Dr. Marx** (CDU/CSU)

Welche Mengen an Butter sind seit Anfang 1978 durch die Europäische Gemeinschaft an wieviel Länder auf dem Weltmarkt verkauft worden?

63. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Welche Projekte werden in diesem Jahr mit den Bundesmitteln für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben für den Umweltschutz im Agrarbereich gefördert, und welche Erfahrungen liegen mit der bisherigen Förderung bereits vor?

64. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Was ist aus der Sicht der Bundesregierung zu den in Bayern in letzter Zeit verbreiteten Meldungen zu sagen, die deutschen Bauern verdienten heute weniger als vor fünf Jahren?

65. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die gegenwärtige Lage auf dem landwirtschaftlichen Pachtmarkt?

66. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Wie weit sind die Überlegungen der Bundesregierung gediehen, eine Kennzeichnung solcher Eier zu ermöglichen, die nicht aus sogenannten Hennen-Käfighaltungen stammen?

67. Abgeordneter **Dr. Zumpfort** (FDP)

Welche nationalen Maßnahmen und Schritte auf EG-Ebene hat die Bundesregierung unternommen, um die Auszahlung der vom Bundestag 1979 für den Haushalt 1980 beschlossenen einmaligen Anpassungshilfe für die deutsche Hochsee- und Küstenfischerei in Höhe von 7,5 Millionen DM zu beschleunigen, nachdem aus EG-beihilferechtlichen Gründen sie nicht als Gasölbeihilfe gewährt werden konnte, sondern als besondere Struktur- und Konsolidierungsmaßnahme umgewidmet werden mußte?

68. Abgeordneter **Dr. Zumpfort** (FDP)

Durch welche Maßnahmen wird die Bundesregierung sicherstellen, daß die geplante einmalige Soforthilfe für die deutsche Seefischerei im Nachtragshaushalt 1980 durch Aufstockung der Mittel des Sofort-Programms zur Anpassung in der Hochsee- und Küstenfischerei in Höhe von 17,5 Millionen DM möglichst umgehend an die Betroffenen ausgezahlt wird und damit sofort wirksam werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

69. Abgeordneter **Dr. Köhler (Duisburg)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die französische Regierung eine interministerielle Arbeitsgruppe unter Federführung des Arbeitsministers eingesetzt hat, die eine Reihe von Maßnahmen und Vorschlägen prüfen soll, die geeignet sind, Auslandsaufenthalte von berufstätigen Franzosen aus Wirtschaft und Verwaltung zu fördern, um, wie es heißt (vgl. „Le Figaro" vom 7. Mai 1980), „es Frankreich zu gestatten, seinen Rang als Weltmacht zu erhalten und das Überleben der Firmen vor dem Hintergrund des Jahrs 2000 zu sichern", und hat die Bundesregierung – ohne auf den unangemessenen Begriff „Weltmacht" Bezug zu nehmen – ähnliche Überlegungen angestellt bzw. Initiativen ergriffen?

70. Abgeordneter **Dr. Köhler (Duisburg)** (CDU/CSU)

Wenn nein, gedenkt sie, entsprechendes – wegen der im Vergleich zu Frankreich noch höheren Exportabhängigkeit bei einer vergleichsweise geringeren Verbreitung der deutschen Sprache bzw. einem geringeren Maß an traditionellen Bindungen zu den internationalen Märkten und Handelspartnern – in Zukunft zu tun?

71. Abgeordnete **Frau Matthäus-Maier** (FDP)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Präsidenten des Bundessozialgerichts, daß bei der Neuwahl von Berufsrichtern die Frauen stärker berücksichtigt, mehr Frauen als ehrenamtliche Richter vorgeschlagen und berufen werden müssen, und gilt dies nicht nur für den Bereich der Sozialgerichtsbarkeit, sondern auch für die anderen Gerichtszweige?

72. Abgeordnete **Frau Matthäus-Maier** (FDP)	Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, damit – entsprechend der Forderung des Präsidenten des Bundessozialgerichts für den Bereich der Sozialgerichtsbarkeit – bei der Neuwahl von Berufsrichtern und der Berufung von ehrenamtlichen Richtern die Frauen stärker berücksichtigt werden?
73. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß nach Rentenbezugszeiten eine Anwartschaft auf Arbeitslosengeld nach § 104 Abs. 1 des Arbeisförderungsesetzes (AFG) nicht erfüllt werden kann, wenn die Rente mindestens zweieinhalb Jahre gewährt wird?
74. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)	Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, Rentenbezugszeiten aus der Rahmenfrist gemäß § 104 AFG auszuklammern, um damit diese Zeiten auch als Überbrückungstatbestände, wie in anderen Fällen im Sozialrecht geschehen, aufzunehmen?
75. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)	Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der Anspruch auf Arbeitslosenhilfe keine Lösung des Problems darstellt, wenn vor Beginn des Rentenbezugs die Anwartschaftszeit nach § 104 AFG durch längere beitragspflichtige Beschäftigung erfült war?
76. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)	Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß durch die Ausklammerung von Rentenbezugszeiten aus der Rahmenfrist gemäß § 104 AFG ein weiterer Schritt zur Nahtlosigkeit zwischen den Leistungsträgern der Sozialversicherung gemacht werden kann, um somit die soziale Sicherung des Arbeitnehmers vom Wegfall der Rente bis zum Erhalt eines neuen Arbeitsplatzes zu gewährleisten?
77. Abgeordneter **Link** (CDU/CSU)	Sind der Bundesregierung Untersuchungen über sachgemäßes Schuhwerk in der Arbeits- und Berufswelt und dessen Einfluß auf Unfall- und Dauerschäden bekannt, und welche Konsequenzen hat sie daraus gezogen?
78. Abgeordneter **Berger (Berlin)** (CDU/CSU)	Wie viele über 65 Jahre alte Rentner gibt es in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich West-Berlin, die Sozialhilfeempfänger sind, obwohl sie 35 bis 40 Jahre und länger gearbeitet haben – ausgedrückt in absoluten Zahlen, prozentual gemessen an der Gesamtzahl der Sozialversicherungsrentner?
79. Abgeordneter **Berger (Berlin)** (CDU/CSU)	Wie viele davon leben in Alten- oder Pflegeheimen?
80. Abgeordneter **Berger (Berlin)** (CDU/CSU)	Wie viele Rentnerinnen erreichen 40 Versicherungsjahre?
81. Abgeordneter **Berger (Berlin)** (CDU/CSU)	Wie hoch im Durchschnitt ist die Rente der Rentnerinnen, die 40 Versicherungsjahre erreichen, und wie viele von ihnen sind Sozialhilfe- bzw. Wohngeldempfängerinnen?

82. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Auf welchen Betrag erhöhen sich die Kosten für den Neubau des Arbeitsamts Rastatt, die ursprünglich auf 17 Millionen DM veranschlagt waren (Fragestunde August 1979), und worauf sind die Kostensteigerungen zurückzuführen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

83. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über Art und Umfang der Beschädigungen und Zerstörungen von Bundeswehrgerät vor, die durch die Krawalle in Bremen am 6. Mai 1980 entstanden, und in welcher Höhe sind die hierdurch eingetretenen Gesamtschäden zu beziffern?

84. Abgeordneter **Handlos** (CDU/CSU)

Zwischen welchen Einheiten führt oder führte die Bundeswehr einen zeitlich befristeten Personalaustausch mit befreundeten Streitkräften durch?

85. Abgeordneter **Handlos** (CDU/CSU)

Auf welchen Führungsebenen und in welchem Umfang führt oder führte die Bundeswehr diesen Austausch durch?

86. Abgeordneter **Handlos** (CDU/CSU)

Welche Erfahrungen wurden bisher bei diesem Programm gesammelt, und wie beurteilt die Bundesregierung den Wert dieser Maßnahmen, insbesondere im Hinblick auf eine Stärkung der Integration der NATO-Streitkräfte?

87. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Trifft eine Pressemeldung zu (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. Mai 1980), derzufolge den Militärattachés anläßlich eines Besuchs der Abteilung Goslar des Bundesgrenzschutzes mit Rücksicht auf die Vertreter aus den kommunistischen Ostblockstaaten keine Informationen über die besondere Lage an der innerdeutschen Demarkationslinie gegeben werden sollen, eine Besichtigung der Zonengrenze unterbleibt und auch eine Schilderung der Sperranlagen und Selbstschußanlagen auf seiten der DDR nicht vorgenommen wird, und wenn ja, warum unterläßt es die Bundesregierung, auf die nach wie vor bestehenden Probleme der deutschen Teilung aufmerksam zu machen?

88. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Wie hoch ist der Anteil von Werkzeugen deutscher Hersteller, die bei der Bundeswehr Verwendung finden?

89. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Ist bei den Werkzeugen, die die Bundeswehr bezieht, das Herstellungsland erkennbar bzw. müssen Händler, die als Verkäufer auftreten, einen Nachweis über das Herstellungsland erbringen?

90. Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in einer Vielzahl von Bataillonen des Feldheeres – z. B. während des gesamten Jahrs 1979 – etwa 30 v. H. der Ausbilder (Offiziere und Unteroffiziere) während der Ausbildungszeit ständig nicht verfügbar waren, und will die Bundesregierung diesen unhaltbaren Zustand schnellstmöglich ändern?

91. Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß diese Abwesenheitsprozentzahl real noch höher ist, da regelmäßig bei den Kampftruppenteilen die Ist-Stärke nur 90 v. H. des Solls nach OSP beträgt, und welche Maßnahmen zur Auffüllung des Solls hat die Bundesregierung vorgesehen?

92. Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß dieser Ausfall an Ausbildern durch die verbleibenden kompensiert werden muß, und auf welchem Wege und in welchem Zeitraum denkt die Bundesregierung, diese permanente Überlastung der Führer und Unterführer abzubauen?

93. Abgeordneter **Ueberhorst** (SPD)

Hält es die Bundesregierung für angebracht, Wehrpflichtige, die in den norddeutschen Seeheilbädern – hier namentlich Helgoland – bei Kurverwaltung und Einrichtungen der Heilfürsorge beschäftigt sind, auch dann zu Wehrübungen heranzuziehen, wenn in diesen Bädern Saisonbetrieb herrscht, und Ersatzpersonal für die Dauer der Einberufung nicht zur Verfügung steht?

94. Abgeordneter **Ueberhorst** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die zuständigen Kreiswehrersatzämter entsprechend anzuweisen, auf die schwierige Personalsituation in den Seeheilbädern während des Saisonbetriebs besondere Rücksicht zu nehmen und Einberufungen zu Wehrübungen nur außerhalb der Saison, in der Zeit vom 15. Oktober bis 31. April, vorzunehmen?

95. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, und wenn ja, warum, die Verlegung des auf dem Fliegerhorst Diepholz stationierten I. Bataillons des Luftwaffenausbildungsregiments 5 nach Essen?

96. Abgeordneter **Weiskirch (Olpe)** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, nach denen sowohl der Inspekteur des Heeres als auch der Inspekteur der Luftwaffe der Leitung des Bundesverteidigungsministers gemeldet haben, daß die bestehende und zum größten Teil bereits vertraglich gebundene Beschaffungsplanung den Plankostenrahmen um mehrere Milliarden DM übersteigt und daß – ohne entsprechenden Ausgleich – dadurch die Aufgabenerfüllung drastisch eingeschränkt wird?

97. Abgeordneter **Weiskirch (Olpe)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß es sich bei einem Teil der betroffenen Beschaffungsvorhaben um alte Planung in einem fortgeschrittenen Stadium der Verwirklichung handelt, um welche Vorhaben handelt es sich dabei, und wer trägt gegebenenfalls die Verantwortung dafür, daß die Finanzierung offensichtlich nicht abgesichert ist?

98. Abgeordneter **Weiskirch (Olpe)** (CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung die Aussage des Bundesverteidigungsministers, daß die Bundeswehr „die Mittel erhalten (hat), die sie benötigt, um ihren Auftrag auch in den vor uns liegenden Jahren voll zu erfüllen" angesichts der Feststellung der Inspekteure von Heer und Luftwaffe, daß der Kampfauftrag nicht mehr in dem erwarteten Umfang erfüllt werden kann, und wie ist es überhaupt möglich, daß eine Bewertung dieser sicherheitspolitischen Grundlagen in einer derart entgegengesetzten Weise erfolgen kann?

99. Möllemann **(FDP)**	Teilt die Bundesregierung die Feststellungen, die der Angehörige der Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft, Ottobrunn, Dr. Bruno Köppl, in seiner Dissertation bzw. in einem späteren Interview getroffen hat, daß die Auftragskontrolle durch das Bundesverteidigungsministerium nur eine „Scheinkontrolle" darstellt und die Rüstung in der westlichen Allianz eine Insel der Unproduktivität ist?
100. Möllemann **Möllemann** (FDP)	Teilt die Bundesregierung ferner die Feststellung, daß die Sowjetunion die NATO-Staaten auf dem Sektor der Rüstungseffizienz überflügelt?
101. Abgeordneter **Möllemann** (FDP)	Wie steht die Bundesregierung zu dem von Dr. Köppl gemachten Vorschlag, demzufolge die Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft oder vergleichbare Institutionen dem Parlament für die Beurteilung von Bedrohungsanalysen und Lösungsalternativen unterstellt werden sollten?
102. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)	Sind die Aussagen des Parlamentarischen Staatssekretärs von Bülow in der Fernsehsendung Bericht aus Bonn vom 16. Mai 1980 zutreffend, daß in Brüssel bei der NATO darüber verhandelt werde, das gesamte Nachschubwesen – gemeint war wohl Logistik allgemein, also auch Instandsetzung und Lagerung – für die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten US-Streitkräfte der Bundeswehr zu übertragen?
103. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)	Wenn ja, wird dann die Bundesregierung dafür sorgen, daß die in dieser logistischen Organisation beschäftigten zivilen deutschen Arbeitnehmer der US-Streitkräfte ihren Arbeitsplatz behalten und unter Wahrung des Besitzstandes in den nationalen öffentlichen Dienst überführt werden?
104. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)	Wenn nur Teile dieser genannten US-Organisation von der Bundeswehr übernommen werden sollten, um welche handelt es sich bzw. welche verbleiben weiter unter US-Verantwortung?
105. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, zugunsten der zur Landwirtschaftlichen Krankenkasse beitragspflichtigen Soldaten und Beamten die notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen einzuleiten, damit auch die betroffenen Soldaten und Beamten, wie Arbeiter und Angestellte, befreit werden von der Beitragspflicht zur Landwirtschaftlichen Krankenkasse, wenn sie bereits einen Versicherungsschutz besitzen aufgrund ihrer hauptberuflichen Tätigkeit als Soldaten oder Beamte?
106. Abgeordneter **Voigt (Sonthofen)** (CDU/CSU)	Welche Untersuchungen hat das Bundesverteidigungsministerium bisher durchgeführt, um insbesondere die Arbeitsbedingungen der Frauen in der Bundeswehr und hierbei speziell des Küchenpersonals zu überprüfen, bzw. welche Ergebnisse liegen schriftlich darüber vor, und welche Konsequenzen hat das Bundesministerium daraus gezogen?
107. Abgeordneter **Voigt (Sonthofen)** (CDU/CSU)	Ab wann ist mit der Herausgabe der zentralen Dienstvorschrift 60/2 Heimbewirtschaftungsbestimmungen zu rechnen, zumal das Bundesverteidigungsministerium durch Parlamentarischen Staatssekretär von Bülow in der Antwort auf meine Frage, Drucksache 8/2802, Teil B, laufende Nr. 71, angekündigt hat, „ mit Herausgabe der ZdV 60/2 rechne ich für das zweite Halbjahr 1979"?

108. Abgeordneter **Voigt (Sonthofen)** (CDU/CSU)

Welche Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten bestehen für zivile Arbeitnehmer der Bundeswehr, die überwiegend in Handwerksberufen eingesetzt sind, bzw. wie viele zivile Arbeitnehmer der Bundeswehr haben in den Jahren 1977 bis 1979 daran teilgenommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

109. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung Ergebnisse von Fußmessungen bekannt, denenzufolge nur bei 30 v. H. der Jungen und Mädchen passendes Schuhwerk getragen wurde, und besitzt sie wissenschaftliche Erkenntnisse über einen Zusammenhang von Fußdeformierungen und Statikveränderungen des kindlichen Fußes, die durch schlechtes Schuhwerk oder nicht dem Alter entsprechende Schuhgrößen hervorgerufen werden?

110. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung Fußmessmethoden bekannt, die im Schuhfachhandel einfach und ohne Kostenbelastungen durchgeführt werden können, und welche Möglichkeiten einer besseren Information der Eltern über passendes Schuhwerk sieht die Bundesregierung, um hier Dauerschäden zu vermeiden?

111. Abgeordneter **Link** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Untersuchungen und Messungen in Frankfurt am Main, Augsburg, Gießen, Springe, Itzehoe, Georgmarienhütte und Mayen des Deutschen Schuhinstituts, die mit dem Ergebnis endeten, daß ca. 2/3 aller Kinder zu kleine Schuhe tragen und dadurch gesundheitliche Dauerschäden befürchtet werden müssen?

112. Abgeordneter **Link** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für Sozialpädiatrie, dem Deutschen Schuhinstitut, dem Fachverband der Kinderärzte und anderen geeigneten Organisationen die notwendigen Fragen der Aufklärung zu erörtern, entsprechende Maßnahmen zu unterstützen und Eltern und Ärzte davon in Kenntnis zu setzen?

113. Abgeordneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU)

Welche Gründe führt die Bundesregierung dafür an, daß deutsche Arbeitnehmer, die längere Zeit für ausländische Unternehmen im Ausland tätig sind, jedoch auch einen Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland beibehalten, keinen Anspruch auf Kindergeld erheben können?

114. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung europäische Versuche für Notarzteinsätze mit Solokrafträdern z. B. bei Staus auf Autobahnen und bei sonstigen Verkehrsengpässen in Großstädten usw. bekannt, und welche Erfahrungen wurden gegebenenfalls gemacht?

115. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung für angebracht, diese Einsatzmöglichkeiten auch in der Bundesrepublik Deutschland anzuregen oder zu empfehlen, damit eventuell schnellere Einsätze von Notärzten ermöglicht werden?

116. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Professor Ferdinand Schmidt, die er bei der Eröffnung des Kongresses „Rauchen oder Gesundheit" geäußert hat, daß rauchende Politiker vor der Fernsehkamera der Jugend ein schlechtes Beispiel geben, so daß die staatsbürgerlichen Pflichten z. B. dem Bundeskanzler gebieten, sich bei Fernsehauftritten nicht ständig eine Zigarette anzuzünden, und wird die Bundesregierung bejahendenfalls ihren Mitgliedern nahelegen, künftig das Rauchen in der Öffentlichkeit, insbesondere bei Fernsehauftritten, zu unterlassen?

117. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Stand der genetischen Beratung in der Bundesrepublik Deutschland?

118. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die vom Präsidenten der Bundesärztekammer und des Deutschen Ärztetages im Deutschen Ärzteblatt, Heft 4 vom 24. Januar 1980, zum Ausdruck gebrachte Sorge über unzureichende Voraussetzungen für eine angemessene genetische Beratung in der Bundesrepublik Deutschland?

119. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die Trinkwasserverordnung dahin gehend zu ändern, daß die große chemische Untersuchung nur für Wasserversorgungsanlagen vorgeschrieben ist, die jährlich mehr als 10 000 m^3 Trinkwasser abgeben, und für Wasserversorgungsanlagen, aus denen jährlich weniger als 10 000 m^3 Wasser abgegeben werden, die Regelung gelten zu lassen, die heute schon für die Anlagen gilt, die jährlich weniger als 1 000 m^3 Trinkwasser abgeben?

120. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Hat die Bundesregierung Kenntnis von Forschungsergebnissen am California Institute of Technology in Pasadena (USA), nach denen die Bleibelastung des Konsumenten durch Nahrungsmittelaufnahme aus verlöteten Konservendosen erheblich höher ist als bisher angenommen, und welche Konsequenzen zieht sie daraus?

121. Abgeordneter **Marschall** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Untersuchungen und Kostenschätzungen der durch Alkoholmißbrauch in der Bundesrepublik Deutschland entstehenden Schäden vor, bzw. bis zu welchem Ausmaß werden diese Kosten durch Steuern auf alkoholische Getränke ersetzt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

122. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Hat die Bundesregierung auf Grund einer Analyse des Gebrauchswerts europäischer Autoglasprodukte durch Recherchen den Informationsrückstand über im Serienbau der Automobilindustrie verwendete Windschutzscheibenarten beseitigt oder eine Beseitigung eingeleitet?

123. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Feststellung, daß Verbundsicherheitsglas auf Grund entscheidender Verbesserungen durch die Einführung von drei Neukonstruktionen am europäischen Markt den Qualitätsabstand zum Einscheibensicherheitsglas so wesentlich erweitert hat, daß Zweifel an der Überlegenheit des HPR-Verbundsicherheitsglases eindeutig ausgeräumt wurden?

124. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, dem Ministerrat der Europäischen Gemeinschaften zu empfehlen, nicht auf dem technischen Standard von Windschutzscheiben der Vergangenheit zu verharren, sondern sich durch Öffnung für von der Automobilindustrie voll akzeptierte, neue Windschutzscheibenarten zugunsten einer Einführung von HPR-Verbundsicherheitsglas für die alleinige Verwendung als Windschutzscheiben in Kraftfahrzeugen zu entscheiden?

125. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Hält die Bundesregierung es für sinnvoll, daß die Deutsche Bundespost und die Deutsche Bundesbahn vom gesetzlichen Finderlohn bei Funden auf ihrem jeweiligen Gelände abweichen?

126. Abgeordneter **Zywietz** (FDP)

Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, nach welchen wesentlichen Kriterien die Fahrpläne der Deutschen Bundesbahn aufgestellt werden und mit welchen Verbänden, Personen oder Einrichtungen außerhalb der Deutschen Bundesbahn die Fahrplanentwürfe abgestimmt werden?

127. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung unternommen, um die Wiederholung eines Streiks – wie am Grenzübergang Herleshausen am 11. Mai 1980 – zu unterbinden, und teilt sie die Meinung, daß gewerkschaftlich organisierte Streiks mit der Folge der Behinderung des Verkehrs an Zonengrenzübergängen unterbleiben sollten?

128. Abgeordneter **Dr. Freiherr Spies von Büllesheim** (CDU/CSU)

Wie hoch war der Anteil (in Prozent und DM) ausländischer Firmen an Straßenbaumaßnahmen des Bundes in den letzten fünf Jahren?

129. Abgeordneter **Zink** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die im Bundesverkehrswegeplan aufgeführte Intercitystrecke Köln – Groß-Gerau in Intercitystrecke Köln – Koblenz abzuändern?

130. Abgeordneter **Amrehn** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung keinen inneren Widerspruch darin, daß sie einerseits bei einem Kraftstoffverbrauch 1979 von 32 Milliarden DM Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Autobahnen zur Energieeinsparung auch jetzt bei weiter steigendem Verbrauch im Vertrauen auf die Selbstdisziplin nicht für erforderlich hält und – beides im Gegensatz zum Ausland – andererseits die weitere Drosselung des 1980 schon deutlich absinkenden Heizenergieverbrauchs bei einem Ölanteil 1979 von ca. 25 Milliarden DM nur durch Zwangsmaßnahmen mit schweren rechtlichen Eingriffen in freiwillige und auf Dauer angelegte Vertrags- und Gemeinschaftsregelungen sowie mit kostspieligen Zusatzinvestitionen und ganz beträchtlicher Verwaltungsmehrarbeit für erreichbar hält?

131.	Abgeordneter **Amrehn** (CDU/CSU)	Wie löst die Bundesregierung gegebenenfalls den inneren Widerspruch auf?
132.	Abgeordneter **Zink** (CDU/CSU)	Wann ist mit dem Beginn des Baus der B 519 als Umgehung von Hofheim (Main-Taunus-Kreis) zu rechnen?
133.	Abgeordneter **Seefeld** (SPD)	Welche Anstrengungen ist die Bundesregierung bereit zu unternehmen, um die Autobahnrast- und -tankstellen behindertengerechter zu gestalten?
134.	Abgeordneter **Schreiber** (SPD)	Für welche Maßnahmen hat die Deutsche Bundesbahn in den Jahren 1976 bis 1980 in den Städten Solingen und Remscheid Investitionen getätigt, und wie hoch belaufen sich die jeweiligen Kosten?
135.	Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)	Wie ist der Stand der Planungen des Neubaus der Bundesstraße 312 zwischen B 10 Stuttgart und B 14/B 29 bei Waiblingen, wann wird der Bundesverkehrsminister über den vorliegenden Regierungsentwurf entscheiden, und wie beurteilt er die Möglichkeit einer zügigen Verwirklichung dieser Maßnahme?
136.	Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)	Warum hält die Deutsche Bundesbahn bei der Planung der Neubaustrecke Mannheim – Basel keinen engeren Kontakt mit den betroffenen Gemeinden und Städten, um deren Informationsbedürfnis besser befriedigen sowie deren Einwendungen und Anregungen besser berücksichtigen zu können und somit ein konstruktives Arbeitsklima zu schaffen?
137.	Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)	Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, den Verlauf der geplanten Bundesbahnschnelltrasse Mannheim – Basel im Raum Rastatt so zu konzipieren, daß die Kreuzung mit anderen Verkehrsadern in diesem Raum nicht zu landschaftszerschneidenden und stadtteiltrennenden Brückenbauwerken in Höhe von zehn bis zwölf Meter führt?
138.	Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)	Wieviel Wärterwohnhäuser, die dienstlich nicht mehr benötigt werden, befinden sich im Bezirk der Bundesbahndirektion Karlsruhe, und wie ist deren weitere Verwendung gedacht, nachdem es die Bundesbahndirektion Karlsruhe zumindest dann ablehnt, Instandsetzungsarbeiten daran vorzunehmen, wenn sie von Betriebsfremden bewohnt werden?
139.	Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß durch fehlende finanzielle Mittel der Ausbau der Bundesstraße B 266 im Zuge der Umgehung bei Obergartzem – Firmenich nicht nach dem bisherigen Zeitplan fertiggestellt werden kann, und wie erklärt die Bundesregierung einen derartig einmaligen Vorgang?
140.	Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)	Welche Folgen würden sich nach Auffassung der Bundesregierung daraus ergeben, wenn die Umgehungsstraße bei Firmenich – Obergartzem im Zuge des Ausbaus der B 266 in ihrer Fertigstellung erheblich verzögert wird und zwar einerseits im Hinblick auf die Verkehrssicherheit der innerörtlichen Gegebenheiten in Firmenich und Obergartzem und andererseits in bezug auf die Benachteiligung der ausführenden Straßenbaufirmen?

141. Abgeordneter
Conradi
(SPD)

Warum ist die Mitnahme von Fahrrädern mit Fahrradkarte und direkter Aufgabe am Gepäckwagen bei der Deutschen Bundesbahn nur im Inlandverkehr, nicht jedoch im grenzüberschreitenden Verkehr möglich, und bis wann wird die Deutsche Bundesbahn mit den Eisenbahnen der benachbarten Staaten eine unbürokratische Regelung zuwegebringen, die es erlaubt, Fahrräder auch im grenzüberschreitenden Verkehr mit Fahrradkarte direkt am Gepäckwagen aufzugeben?

142. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD)

Wieviel Raststätten an Autobahnen der Bundesrepublik Deutschland sind behindertengerecht ausgebaut, und bis zu welchem Zeitpunkt ist vorgesehen, alle Autobahnraststätten entsprechend auszustatten?

143. Abgeordneter
Dr. Bußmann
(SPD)

Wieviel Straßenbaumaßnahmen des Bundes im Bereich des Landschaftsverbands Rheinland, die noch im Laufe des Kalenderjahrs 1980 fertiggestellt und dem Verkehr übergeben werden sollten, können wegen fehlender Haushaltsmittel zur Finanzierung der Restarbeiten (Beschilderung, Markierung, Leitplanken) im laufenden Haushaltsjahr nicht fertiggestellt werden?

144. Abgeordneter
Dr. Bußmann
(SPD)

Waren diese Verzögerungen seitens der ausführenden Behörden unvorhersehbar oder wurden angesichts der bekannten Finanzknappheit zu viele Projekte gleichzeitig in Durchführung genommen?

145. Abgeordneter
Dr. Bußmann
(SPD)

In welcher Höhe wurden in den letzten fünf Jahren die vom Bund zur Verfügung gestellten Straßenbaumittel (A und B) im Bereich des Landschaftsverbands Rheinland ausgeschöpft bzw. nicht ausgeschöpft?

146. Abgeordneter
Dr. Bußmann
(SPD)

Konnten vom Landschaftsverband Rheinland in den letzten Jahren Finanzmittel deshalb nicht in Anspruch genommen werden, weil der Straßenbauabteilung die Austauschbarkeit von A- und B-Mitteln nach Genehmigung durch das BMVM laut einer Auskunft des Behördenleiters nicht bekannt war?

147. Abgeordneter
Dr. Zumpfort
(FDP)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß durch eine Fahrwasservertiefung in der Schlei zwischen Maasholm und Schleimünde der regionalpolitisch benachteiligte Landesteil Schleswig um Kappeln entscheidend gefördert werden kann?

148. Abgeordneter
Dr. Zumpfort
(FDP)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, auf welcher Breite und Tiefe die Schlei insgesamt und zu welchen Kosten ausgebaggert werden müßte, damit in Zukunft Schiffe bis zu 499 Bruttoregistertonnen den Hafen von Kappeln voll beladen anlaufen und verlassen können und die schon vollzogene Kapazitätserweiterung des Kappelner Hafens voll ausnützen können?

149. Abgeordneter
Tillmann
(CDU/CSU)

Worauf ist es zurückzuführen, daß das Erdlos für den Weiterbau der A 445 zwischen Werl und Neheim-Hüsten nicht in Auftrag gegeben wurde, obwohl eine Ausschreibung durchgeführt wurde und ein geprüftes und genehmigtes Angebot zur Vergabe anstand?

150. Abgeordneter **Tillmann** (CDU/CSU)

Wann ist nunmehr, und vor allem angesichts der Tatsache, daß die erforderlichen Brückenbauwerke in dem vorgenannten Streckenabschnitt entweder bereits fertiggestellt sind oder kurz vor der Fertigstellung stehen, mit der Vergabe der Erdbaumaßnahmen und mit dem Weiterbau der A 445 zu rechnen?

151. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Wie will die Bundesregierung im Hinblick auf die bald beginnende Feriensaison sicherstellen, nachdem sich Materialermüdungen an der Fahrbahnkonstruktion der Grünenthaler Hochbrücke gezeigt haben, daß der Verkehr über den Nord-Ostsee-Kanal reibungslos verläuft, und wird die defekte Brücke wiederhergestellt oder durch einen Neubau ersetzt?

152. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, im Rahmen des Ausbaus der B 42 zwischen Neuwied und der Landesgrenze Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen den Bau eines Radfahrwegs einzubeziehen?

153. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Wann wird die Bundesregierung den Bau der Straßenmeisterei in Altenkirchen/Westerwald – Kölnerstraße durchführen, und wann ist mit der Fertigstellung zu rechnen?

154. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Inwieweit bestätigt die Bundesregierung Erklärungen der örtlichen Straßenbaubehörden, daß für die Erbreiterung der B 8 zwischen dem Kreuzungspunkt Vierwinden und der Umgehung Altenkirchen keine Mittel zur Verfügung stünden, und wann ist mit der Fortsetzung der Baumaßnahme zu rechnen?

155. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Ist in absehbarer Zeit damit zu rechnen, daß die Bundesbahnüberführungen im Zuge der B 62 zwischen Wissen und Niederschelden, soweit noch nicht geschehen erbreitert werden, damit diese gefährlichen Engpässe beseitigt werden?

156. Abgeordneter **Dr. Schweitzer** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Stand der Planungen für die B 9 im Bereich des Raumes Bad Breisig nach den jüngsten Beschlüssen des Ausschusses für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen?

157. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, die auf den 30. November 1980 begrenzte Frist für Zuschüsse zu Schallschutzmaßnahmen an Altbauten der Lärmschutzzone I beim Flugplatz Söllingen zu verlängern oder wenigstens die Bezuschussung auf den Tag der Antragstellung für Schallschutzmaßnahmen und nicht auf den Vollzug baulicher Maßnahmen zu erstrecken?

158. Abgeordneter **Dr. Jens** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, durch den Einbau von Katalysatoren den Schadstoffausstoß bei Automobilen zu verringern, und ist sie eventuell bereit, durch entsprechende gesetzliche Maßnahmen den serienmäßigen Einbau von Katalysatoren festzulegen?

159. Abgeordneter **Bahner** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung aus politisch-psychologischer Sicht das Streichen der Direktverbindung Bonn–Berlin durch die Bundesbahn seit 1. Juni 1980, und ist sie bereit, sich dafür einzusetzen, daß diese Streichung umgehend rückgängig gemacht wird?

160.	Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)	Wird der Bundeskanzler in seinem Gespräch in Moskau die Frage aufwerfen, wann es Flugzeugen der Lufthansa – nachdem nun eine zweite Linie auch von Frankfurt nach Leningrad führt – endlich möglich sein wird, so wie es beim Abschluß des deutsch-sowjetischen Luftfahrtabkommens in Aussicht gestellt worden war, in Berlin-Tegel zwischenzulanden, und wenn sich ein Entgegenkommen der Sowjetunion selbst in einer so relativ kleinen Frage nicht abgezeichnet, warum reist er dann jetzt?
161.	Abgeordneter **Merker** (FDP)	Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß die Deutsche Bundespost die Behindertentelefone, die Anfang 1981 auf den Markt kommen sollen, den Behinderten zur normalen Grundgebühr überläßt?
162.	Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)	Ergeben sich aus den bisherigen Kostenvergleichen Hinweise darauf, daß die noch ausstehenden Ämterzusammenlegungen in verschiedenen Fällen ausgesetzt werden sollten, und welche nachschauenden Vergleichsrechnungen wurden über die Wirtschaftlichkeit der Neuorganisation der Postämter in diesem Zusammenhang angestellt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

163.	Abgeordneter **Zywietz** (FDP)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeiten, durch Bepflanzung von Flachdächern mit Gras Heizenergie im Wohnungsbau einzusparen?
164.	Abgeordneter **Zywietz** (FDP)	Ist die Bundesregierung bereit, bereits auf diesem Sektor bestehende Erkenntnisse durch weitere Forschungsmaßnahmen zu unterstützen?
165.	Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)	Welche Erfahrungen liegen der Bundesregierung über die Verdrängung von Mietern im Zuge von Modernisierungsmaßnahmen vor, und hält die Bundesregierung den gegenwärtigen Schutz der Mieter vor Modernisierungsverdrängungen für ausreichend?
166.	Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)	Welche gesetzlichen Möglichkeiten zur Verbesserung des Schutzes der Mieter vor Modernisierungsverdrängungen hält die Bundesregierung gegebenenfalls auch unter Berücksichtigung der verstärkten Anstrengungen zur Modernisierung und Energieeinsparung sowie Stadterhaltung für vertretbar?
167.	Abgeordneter **Conradi** (SPD)	Wie beurteilt die Bundesregierung die derzeitige Produktinformation im Bauwesen, und ist sie bereit, im Interesse der Nutzer und zur Bewältigung der Informationsflut im Bauwesen die schon 1973 in der „Enquete zur Bauwirtschaft“ geforderte Entwicklung und den Aufbau einer von Bauproduktherstellern finanziell unabhängigen, bundeseinheitlichen und nach qualitativen Gesichtspunkten wertenden Produktinformation zu fördern?

168. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die Entwicklung eines solchen Bauproduktinformationssystems durch Forschungsaufträge zu fördern und nach Abschluß der Entwicklung eines solchen Bauproduktinformationssystems ein Gremium unabhängiger Fachleute mit der Umsetzung in die Praxis zu beauftragen und im Aufbaustadium zu unterstützen?

169. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, eine entsprechende Novellierung des § 147 Abs. 3 des Bundesbaugesetzes anzustreben, um die gesetzliche Ermächtigung zu schaffen, daß die Landesregierungen im Verordnungswege den Zustimmungsvorbehalt für Außenbereichsvorhaben auch auf Große Kreisstädte als Baugenehmigungsbehörde übertragen können, um so eine Entlastung der Regierungspräsidien herbeizuführen und für einen wichtigen Teilbereich das Baugenehmigungsverfahren zu beschleunigen und orts- und bürgernäher auszugestalten?

170. Abgeordneter **Kolb** (CDU/CSU)

Wie hoch schätzt die Bundesregierung das Defizit an nicht gebauten Mietwohnungen der Jahre 1976, 1977, 1978 und 1979?

171. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung aus ihrer Kenntnis den Erfahrungssatz von Kommunen bestätigen, daß viele Bebauungspläne deshalb nicht zügiger verabschiedet werden können, weil die Planung, für die freie Planer eingeschaltet werden können, nur ein Fünftel der Arbeit ausmacht, während vier Fünftel Verfahrensabwicklung sind, die die Kommunen allein machen müssen, da es sich dabei um eine Hoheitsaufgabe handelt, und welche gesetzgeberischen Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den Stau unerledigter Bebauungspläne zügig abbauen zu helfen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

172. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen bei deutschlandpolitischen Seminaren an der Zonengrenze keine Zuschüsse für die Fahrt an die Zonengrenze mehr gewährt, wenn der Punkt als „Zonenrandfahrt" im Programm ausgewiesen ist, und was ist zutreffendenfalls der Grund hierfür?

173. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, in welchem Umfang DDR-Behörden, zum Beispiel die Deutsche Post, unpolitische, tendenzlose Literaturerzeugnisse beschlagnahmen?

174. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung Schritte unternommen, daß dieses vertragswidrige Verhalten der Dienststellen in der DDR künftig unterbleibt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

175. Abgeordneter **Dr. Probst** (CDU/CSU)

Mit welcher Begründung wird das von der Klöckner-Werke AG in Georgsmarienhütte bei Osnabrück nach dem KS-Verfahren arbeitende Stahlwerk, bei 100 Millionen DM Investitionskosten, mit 50 Millionen DM bezuschußt?

176. Abgeordneter **Dr. Probst** (CDU/CSU)

Welche Zuschüsse an welche Firmen der Stahlbranche sind vom Bundesforschungsministerium in der laufenden Legislaturperiode genehmigt worden?

177. Abgeordneter **Dr. Probst** (CDU/CSU)

Um welche Projekte handelt es sich hierbei?

178. Abgeordneter **Dr. Todenhöfer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, bezüglich der Finanzierung des Bundesmodells Abfallverwertung Reutlingen/Tübingen in absehbarer Zeit eine verbindliche Zusage zu geben?

179. Abgeordneter **Dr. Todenhöfer** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung die Bundeszuschüsse so bemessen, daß den betroffenen Bürgern in den beiden Landkreisen Tübingen und Reutlingen keine höheren Abfallbeseitigungskosten entstehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

180. Abgeordneter **Schäfer (Mainz)** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Situation der sogenannten Altwarter für numerus clausus Studienplätze, die zum Teil jahrelang auf einen Studienplatz außerhalb der Hochschulen gewartet haben und die ohne den neuen Staatsvertrag der Länder 1980/1981 mit Sicherheit eine Hochschulzulassung erhalten hätten?

181. Abgeordneter **Schäfer (Mainz)** (FDP)

Kann die Bundesregierung dahin gehend auf die Länder einwirken, daß – nach den Vorgaben des Hochschulrahmengesetzes – die sogenannte Kappung der Altwarterschlange mit größeren Übergangsfristen vorgenommen wird und vor allem berufspraktische Tätigkeiten bei der Zulassungschance in Zukunft stärker berücksichtigt werden, damit z. B. Studienbewerber für Humanmedizin, die ihre Motivation und ihr Engagement für den Beruf durch jahrelange Tätigkeit als Krankenpfleger bewiesen haben, besser gestellt werden können als Bewerber, die ihre Eignung zum Arztberuf lediglich durch eine gute Abiturdurchschnittsnote oder durch ein mehr oder weniger sinnvolles Testverfahren nachweisen?

182. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)

Wann kann die Bauhandwerksinnung des Kreises Limburg–Weilburg mit dem Bewilligungsbescheid für eine Bundesbeihilfe zur Ausstattung ihrer überbetrieblichen Ausbildungsstätte rechnen?

183. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)

Welche Gründe haben das Bundesinstitut für Berufsbildung bisher gehindert, die bereits am 25. Mai 1979 beantragte Beihilfe zu bewilligen, und ist die Bundesregierung bereit, die durch die Verzögerung entstandenen höheren Anschaffungskosten zur Grundlage für die Bezuschussung zu machen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

184. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung erklären, warum die Bundesrepublik Deutschland nicht Mitglied der United Nation Economic and Social Commission für Asia and Pacific (ESCAP) ist, obwohl sie nach Holland und Japan der größte Geldgeber für die Entwicklungsprojekte der Organisation dieser Region ist?

185. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, einen ständigen Beobachter in die ESCAP zu deligieren?

Bonn, den 6. Juni 1980